

Erfolg einer Bremer Initiative: Elser-Briefmarke durchgesetzt

BREMEN. Mit der Briefmarke zu Ehren des Hitler-Attentäters Georg Elser hat die Georg-Elser-Initiative Bremen (GEIB) einen großen Erfolg errungen: Das Postwertzeichen ist seit dem 16. Januar dieses Jahres erhältlich. Die GEIB hatte zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung eine bundesweite Postkartenaktion mit einer entsprechenden Forderung an die Adresse von Bundesfinanzminister Hans Eichel organisiert – und dieser willigte schließlich ein.

Der Schreinereselle Georg Elser aus einem Dorf auf der Schwäbischen Alb hatte am 8. November 1939 – völlig allein auf sich gestellt – einen Sprengsatz im Münchener Bürgerbräukeller gezündet. Um 13 Minuten verfehlte der Anschlag sein Ziel: Adolf Hitler. Noch am gleichen Abend wurde Georg Elser verhaftet und nach fünfjähriger Einzelhaft am 9. April 1945 im Konzentrationslager Dachau ermordet.

Doch GEIB-Sprecher Bernd M. Krause und seine Mitstreiter können sich nicht nur über das neue Postwertzeichen freuen. Im Zuge der Georg-Elser-Woche in Bremen, der umfangreichsten Veranstaltung aus Anlass des 100. Geburtstages des Widerstandskämpfers am 4. Januar, wurde auch ein nach Georg Elser benannter Weg eingeweiht. Die Georg-Elser-Woche unter der Schirmherrschaft des ehemaligen bremischen Regierungschefs Hans Koschnick hatte die GEIB auf die Beine gestellt. Sie bestand unter anderem aus Film- und Theatervorführungen, musikalischen Beiträgen, einer Ausstellung und einer Rede der ehemaligen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes, Jutta Limbach. Mitveranstalter waren die Bremer Landeszentrale für politische Bildung, die Volkshochschule Ost und das Bürgerzentrum Neue Vahr in Bremen. *Thomas Klaus* ■

Aus dem Inhalt:

Geschichte, die nie vergeht 5
Kein Land - Nirgendwo. Zur Lage der Roma in Jugoslawien . 16
„Vertriebenen“politik ohne „Vertriebene“ 19



10 000 bei Demonstration in Köln am 25.1.

Am 18. Januar fand in Köln eine Tagung des Herausgabekreises der Antifaschistischen Nachrichten zum Thema „Die Rechte in Europa“ statt. Die Vorträge der beiden Referenten Bernhard Schmid und Dr. Gerhard Feldbauer werden in dieser und der nächsten Ausgabe dokumentiert. Wir beginnen mit dem Beitrag von Dozent Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Historiker und Publizist, zur Entwicklung in Italien seit dem Amtsantritt der Berlusconi-Regierung im Juni 2001.

Ein neuer Marsch auf Rom?

Meinem jüngsten Buch „Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien“ habe ich folgende Worte Sebastian Haffners vorangestellt:

„Historische Vergleiche beginnen immer zu hinken, wenn man sie zu sehr ins Einzelne verfolgt.

Trotzdem, gewisse Parallelen sind nicht zu übersehen.“

aus: Im Schatten der Geschichte.

Historisch-politische Variationen

Die Vorgänge in Italien beweisen augenscheinlich, wie aktuell die Worte sind.

Im Oktober 2002 waren es 80 Jahre, dass Mussolinis Marsch auf Rom, die faschistische Machtergreifung stattfand. 17 Monate vor dem berichtigten Jahrestag gewann bei den Parlamentswahlen im Mai 2001 eine von Silvio Berlusconi angeführte Koalition die Parlamentswahlen. Mit einem Betriebsvermögen von 30 Milliarden Euro ist er der reichste Kapitalist des Landes. Mit 13 Milliarden persönlichem Vermögen steht er an 14. Stelle der Weltrangliste der reichsten Männer. Die „Haus der Freiheiten“ getaufte Allianz besteht aus seiner eigenen autori-

tär-autokratischen Partei Forza Italia, der faschistischen Alleanza Nazionale Gianfranco Finis und der rassistischen Lega Nord Umberto Bossis sowie einigen christdemokratischen Parteigrüppchen. Die Koalition löste die bis dahin regierende Linke Mitte in Senat und Abgeordnetenversammlung ab.

Nicht zuletzt aufgrund der Sympathiebekundungen, die der erneute Regierungsantritt Berlusconis bei Rechtskräften in der Bundesrepublik auslöste, ist es geboten, die Ereignisse in Italien aufmerksam zu verfolgen.

Die CDU/CSU drückte die Hoffnung aus, mit Berlusconi möge in der EU die Ablösung der sozialdemokratisch geführten Regierungen beginnen. Stoiber übermittelte als CSU-Vorsitzender und bayrischer Ministerpräsident Berlusconi unmittelbar nach dessen Amtsantritt eine Einladung zum Staatsbesuch nach München. Eine weitere zum Besuch des CSU-Parteitag in Nürnberg im Oktober 2001 folgte demonstrativ nach den faschistischen Ausschreitungen in Genua. Sie wurde nach entschiedenen antifaschistischen Protesten vorerst zurückgestellt.

Fortsetzung Seite 9

Erinnert sei an die FAZ, die bereits 1994 nach der ersten Aufnahme der AN-Faschisten in die Berlusconi-Regierung auf die Vorbildrolle Italiens für das Entstehen der faschistischen Bewegung unter Hitler nach 1922 anspielte, in der AN eine Avantgarde sah und schrieb, das werde „Auswirkungen im ganzen ‚westlichen‘ Europa“ haben. Der damalige Bundeskanzler Kohl lag, als er zwei Monate später Berlusconi zum Staatsbesuch empfing, ganz auf dieser Linie. Er wertete die rechtsextreme Wende in Rom als einen „historischen Augenblick“ und sprach sich für eine „enge Zusammenarbeit“ mit der profaschistischen Regierung aus. Johannes Groß, Chefredakteur von „Capital“, sekundierte, angesichts „wachsender Funktionsschwäche der traditionellen Demokratien bleibt der Faschismus eine der Möglichkeiten der Politik“. 2

In der Tat beeinflusste das frühzeitige Entstehen der faschistischen Bewegung und ihr Machtantritt in Rom in den 20er Jahren bis Anfang der 30er die Etablierung faschistischer Regimes in Ungarn, Bulgarien und Portugal und schließlich besonders in Deutschland.

Auch wenn sich das in den Spalten ihrer Zeitungen nicht immer deutlich ausdrückt, die führenden Kapitalkreise der Bundesrepublik studieren auch heute sehr aufmerksam die Entwicklung in Italien.

Hat ein neuer Marsch auf Rom stattgefunden?

Die in Italien bereits 1994 aufgeworfene Frage hat nicht nur einen historischen, sondern auch aktuellen politischen Inhalt. Nach Österreich haben auch in Frankreich und den Niederlanden bei Wahlen faschistische Kräfte einen gefährlichen Auftrieb erhalten. In der Bundesrepublik wird mit der Aufnahme der Schillpartei durch CDU und FDP in den Hamburger Senat auf Landesebene erstmals mit einem rechtsextremen Partner regiert. Ein Kanzler Stoiber ist – vorerst – nicht ans Regierungsruder gekommen. Die Gefahr ist jedoch nicht gebannt. Zu Stoibers Charakteristik ist zu sagen, dass er ein Rechtsaußenspieler ist, der den Polizeisenator Schill und den österreichischen Landeshauptmann Haider politisch noch in den Schatten stellt. Er ist ein Politiker, dessen wahre Farbe jenseits von schwarz einzuordnen ist.

Es wäre ein Fehler, die Berlusconi-Regierung mit einem unter Hitler oder Mussolini an die Macht gebrachten faschistischen Regime gleich zu setzen. Auch abstrakte Personenvergleiche anzustellen und, wie der international bekannte italienische Marxist Domenico Losurdo schrieb, „den Horizont nach Anzeichen für den neuen Hitler abzuschauen“, ist nicht angebracht.³ Berlusconi erfüllt entsprechende äußerliche Kriterien nicht

Fortsetzung von Seite 1:

Ein neuer Marsch auf Rom?

und selbst Fini, treffend als Faschist im Nadelstreifen charakterisiert, entspricht diesem Bild kaum.

Trotzdem: die zweite Regierung Berlusconi zeigt in ihrer personellen und parteistrukturellen Zusammensetzung, ihrer Programmatik und politischen Praxis alte und neue Charakterzüge von Faschismus, faschistoide und autoritäre Herrschaftsmethoden, die Rassismus einschließen. Ob es sich um soziale Demagogie oder Terror, Expansionsziele oder beispielsweise den erreichten Massenkonsens handelt, die historischen Parallelen sind nicht zu übersehen.



Benito Mussolini

private Fernsehsender, beherrschende Berlusconi kontrolliere nun auch die staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RAI und damit über 90 Prozent des nationalen Fernsehmarktes. Das Wirtschaftsblatt hielt das für „einen unhaltbaren Zustand“.

Namhafte Politologen sprechen von einer Mediendiktatur in den Händen eines mit faschistoiden Methoden agierenden Premiers.

Über diese Mediendiktatur übt Berlusconi bereits ohne ein mit Hitler oder Mussolini vergleichbares Regime einen Masseneinfluss aus, der den aller bisherigen herkömmlichen Exekutiven übertrifft.

Der liberale Rechtsprofessor Mario Losano hat bereits 1994 im Kontext der verfolgten politischen Ziele und der ersten Regierungspraxis die faschistoiden Züge der Mediendiktatur Berlusconis analysiert und sie als „Medien-Agora“, als „Erbin der ‚ozeanischen Versammlungen‘ der Mussolinizeit“ charakterisiert.⁴

Gerade diese Medienmacht wird als ein Faktor des Prozesses der schleichenden Faschisierung, des An-die-Macht-Kommens und der Machtausübung Berlusconi bisher kaum beachtet. Sie ist aber eine wesentliche Grundlage dafür, dass die profaschistische Koalition auf dem

Wege eines Wahlsieges an die Macht kam, was ihr die sogenannte „demokratische Legitimität“ verschafft. Mittels dieser Mediendiktatur gelang es Berlusconi vor den Wahlen 1994 auch, ein reaktionäres, zu 75 Prozent gültiges Mehrheitswahlrecht durchzusetzen. Angemerkt sei die historische Parallele, dass auch Mussolini sich seinen Sieg in den Wahlen von 1924 durch ein betrügerisches Mehrheitswahlrecht sicherte. Es zeigt sich eine frappierende Ähnlichkeit.

Mit Berlusconi ist ein Mann Regierungschef geworden, der nicht nur vorbestraft ist, sondern gegen den von 13 bis dahin durchgeführten oder eröffneten Strafverfahren fünf noch im Gange sind.

Seine erste Amtshandlung bestand in der Einleitung juristischer Schritte, um zu erreichen, dass die gegen ihn noch laufenden Verfahren bzw. Urteile der ersten Instanz wegen Steuerhinterziehung, Bilanzfälschungen, Bestechung, Führung von Tarnfirmen und illegalem Kapitaltransfers eingestellt oder kassiert werden. Bilanzfälschungen, deren Berlusconi in großem Stil angeklagt ist, werden z. B.

nicht mehr strafrechtlich verfolgt oder fallen unter Verjährung. Allenfalls wird ein Bußgeld verhängt.

Die Strafverhinderungsgesetze nutzen auch seiner Klientel. Der Großteil von rund 5.000 Strafverfahren, einst im Ergebnis der Ermittlungen der Mailänder Staatsanwälte *mani pulite* eingeleitet, ist eingestellt worden. In Hunderten von Fällen handelt es sich um Mafiaverbrechen, illegalen Waffenhandel, Drogengeschäfte und Bandenkriminalität. Es ist inzwischen ein offenes Geheimnis, dass die Forzapartei wie früher die *Democrazia Cristiana* mit der Mafia verquickt ist.

Mit Tony Blair gehört Berlusconi zu den europäischen Regierungschefs, die Bush der vorbehaltlosen Unterstützung seines auf die Weltherrschaft gerichteten Kriegskurses versichern. Berlusconi folgte der Forderung des USA-Präsidenten und sagte zu, 2.700 italienische Soldaten für den „Krieg gegen den Terror“ zu entsenden.

Ein Blick in die Nachkriegsgeschichte:

Wie konnte der Faschismus, der über Italien wie ganz Europa so ungeheures Leid brachte, wieder sein Haupt erheben? Das war möglich, weil seine wirtschaftlichen und sozialen, seine politischen und ideologischen Wurzeln nicht beseitigt wurden.

Sie blieben im wesentlichen unangestastet, weil der Faschismus in der von den USA angeführten, im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges begonnenen weltweiten Auseinandersetzung mit dem Sozialismus gebraucht wurde. Er wurde benötigt, um Kommunisten und Sozialisten, die führenden Kräfte des bewaffneten antifaschistischen Widerstandes, niederzuhalten, die sich an der Spitze der revolutionären Arbeiter- und demokratischen Bewegung anschickten, eine antifaschistisch-antiimperialistische Umwälzung durchzuführen.

Um das zu verhindern und die angeschlagenen Machtpositionen des Kapitals wiederherzustellen, verbündeten die reaktionären Kreise der italienischen Bourgeoisie sich mit den USA, denen es darum ging, ihre Vorherrschaft und die Südflanke der entstehenden NATO zu sichern. So wurden in die von Pentagon und CIA angeführte Allianz die Faschisten einbezogen, die sich unter den Augen der Besatzungsmacht bereits im August 1945 in der Sammlungsbewegung *Uomo Qualunque* (Jedermann) und im Dezember 1946 im *Movimento Sociale Italiano* reorganisieren durften.

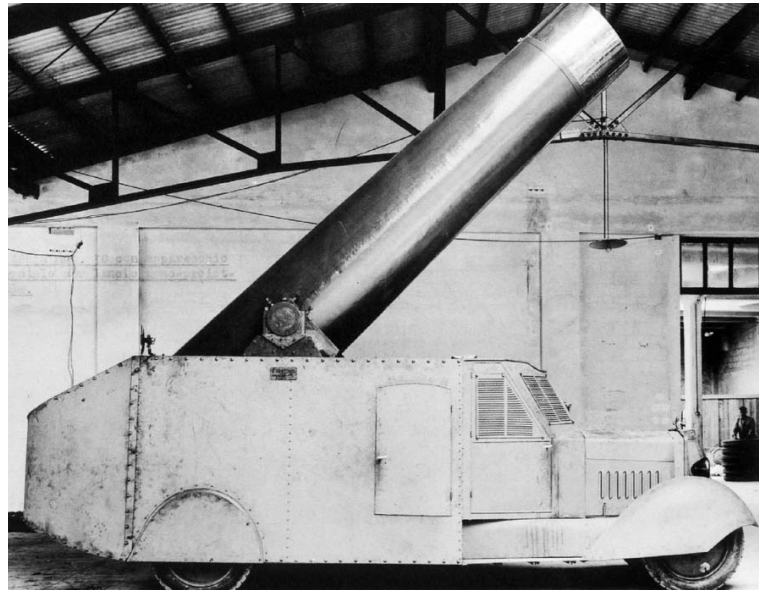
Dank dieser Hilfe konnte sich der italienische Faschismus als Bewegung weitgehend intakt über seine Niederlage hinwegretten und unter den Bedingungen des bürgerlich-parlamentarischen Systems wieder aktiv werden. Er wurde zusammen mit dem Vatikan wichtigstes Instrument der von der CIA gegen eine Linksentwicklung, aber auch gegen die

Gewerkschaften und progressive bürgerliche Kräfte, wie beispielsweise den Reformier der *Democrazia Cristiana*, Aldo Moro, entfesselten Spannungsstrategie, die bei Tausenden Terrorakten Hunderte Tote und Tausende Verletzte forderte.⁵ Dieser Terror war ein entscheidender Faktor der Wegbereitung der heutigen Regierung.

Das MSI und seine verschiedenen Organisationen waren in alle Verschwörungen, mit denen italienische, USA- und NATO-Militärs sowie Geheimdienstkreise ein Regime faschistischen Typs nach dem Vorbild der griechischen Obristen, später dem Modell Pinochet an die Macht putschen wollten, integriert. Die geheime Nato-Truppe ‚stay behind‘, die in Italien *Gladio* hieß, und bei den Umsturzversuchen die entscheidende Rolle spielte, rekrutierte ihre rund 12.000 Mann zu einem beträchtlichen Teil aus den Reihen der Faschisten, vornehmlich ihrer Terrorbanden.

Zusammengefasst: Der italienische Faschismus konnte sich in der Nachkriegsgeschichte zu einem außerordentlich bedrohlichen Bestandteil der politischen Struktur des Landes entwickeln. Er bildete unter den gegebenen ökonomischen Voraussetzungen und angesichts der permanenten politischen Krisensituation sowie der strategischen und machtpolitischen Erwägungen des Imperialismus mit den USA an der Spitze eine wichtige politische Reserve und ein antidemokratisches Potential des Großkapitals, besonders seiner reaktionärsten Vertreter. In den verschiedenen Etappen der Zuspitzung der Auseinandersetzung wurde er als Druckmittel eingesetzt und auch als – zumindest – an der Machtausübung teilnehmende Kraft nicht ausgeschlossen.

Das schloss ein, dass das 1994 in **Alleanza Nazionale**, AN, umbenannte MSI, beginnend mit der Präsenz in der 1946 gewählten Verfassungsgebenden Versammlung danach stets im Parlament mit Stimmen von durchschnittlich sechs Prozent, streckenweise auch mit neun vertreten war, bevor es 1994 unterstützt durch Berlusconis Medien-Diktatur etwa 13 Prozent erreichte und drittstärkste Parlamentspartei wurde. Die Öffentlichkeit wurde so in der gesamten Nachkriegsgeschichte systematisch daran gewöhnt, dass die Faschisten eine Normalität im bürgerlich-parlamentarischen System darstellten, was auch heute ihrer so-



Dieser gepanzerte LKW, von Fiat produziert, konnte nicht nur Panzer befördern, sondern auch ein Abschussgerät für menschliche Kanonenkugeln

nannten demokratischen Legitimierung dient.

Bei gelegentlich auftragener „demokratischer“ Schminke und taktischen Korrekturen hält die AN unverändert an ihrem Bekenntnis zu Mussolini und seinem faschistischen Erbe fest, wie auch ihr jüngster Parteitag im April dieses Jahres zeigte. Der als AN-Chef wiedergewählte Fini betonte vor den 2000 Parteitagsmitgliedern, unter ihnen die Mussolini-Enkelin Alessandra, „wir haben unsere Seele nicht verkauft“ und bekannte sich ausdrücklich zur faschistischen Kontinuität. Demonstrativ begab sich eine Abordnung von 200 Delegierten zur Grab- und Gedenkstätte Mussolinis in Predappio, wo die „guten Taten“ des Duce gewürdigt und erklärt wurde, „wir schauen in die Zukunft, aber wir werden der Vergangenheit nicht abschwören“.⁶

Typisch für den italienischen Faschismus sind auch in der Gegenwart sein hoher und straffer Organisationsgrad, eine bestimmte Massenbasis und das Vorhandensein eines, wenn auch nicht mehr in dem Umfang, wie er bis in die 80er Jahre bestand, nach wie vor zahlenmäßig starken und gefährlichen Terrorapparates, der auch bei den Wahlen im Mai 2001 wieder zur Einschüchterung der Bevölkerung in Aktion trat und in Genua eingesetzt war. Die AN zählt heute eine halbe Million Mitglieder, eine Gewerkschaft, mit einer Million, und Teilorganisationen für Frauen, Jugend, Studenten, Kinder, Umweltschutz, nicht zu vergessen einen „Freundeskreis der Streitkräfte“, die zusammen mit den von ihr angeführten militaristischen, revanchistischen und anderen Traditionsverbänden der Mussolinizeit über drei Millionen umfassen.

Zweiter Partner Berlusconi ist die **Legha Nord**, die gewisse Widersprüche innerhalb des rechtsextremen Bündnisses verdeutlicht, die wiederum Ausdruck be-

stimmter unterschiedlicher Auffassungen von Kapitalkreisen sind. Wenn die Lega die historische Zugehörigkeit der Norditaliener zu den germanischen Stämmen der Langobarden, Kelten und Franken und damit zu Mitteleuropa herausstellt, dann liegt dem die berüchtigte hitlerfaschistische Blut- und Bodenideologie zugrunde, an deren Stelle lediglich die weniger diskreditierten ethnischen und kulturellen Differenzen treten.

Ihr Rassismus beginnt bereits antimeridional und knüpft an traditionelle Antipathien zwischen Nord- und Süditalien an. Beispiele extremistischen Rassenhasses waren, wenn Lega-Anhänger den Fußballklub von Neapel in Mailand mit Spruchbändern empfangen wie: „Was Hitler mit den Juden gemacht hat, wäre auch für Napoli das Richtige“, oder „keine Tierversuche – nehmen wir Neapolitaner“. Ihren Separatismus, der in der For-

angezettelten Bürgerkrieg in Jugoslawien begonnen.

Namhafte italienische Persönlichkeiten verweisen darauf, dass es ein schwer wiegender Fehler wäre, nur in AN oder Lega die charakteristischen Tendenzen einer schleichenden Faschisierung zu sehen und belegen, dass Berlusconi selbst diesen Prozess in Persona verkörpert. Bereits 1994 haben die international bekannten Publizisten Giovanni Ruggeri und Mario Guarini in ihrem Buch „Berlusconi – Showmaster der Macht“ (Deutsch bei Gatzka) nachgewiesen, dass er zum Führungsstab, dem sogenannten Dreigestirn, der Putschloge P2 des Altfaschisten Licio Gelli gehörte, die per kalten Staatsstreich ein Regime faschistischen Typs an die Macht bringen wollte.

Der führende Politologe Giorgio Galli hält die P2 noch immer für existent. Regierungskritische Zeitungen verwiesen

nach Genua darauf, dass seit dem Amtsantritt Berlusconis vieles auf das von der P2 entworfene Szenarium eines Umsturzes deutet, darunter auch Berlusconis Ankündigung, Italien von Kommunisten und Postkommunisten (unter Letzteren sind die Linksdemokraten zu verstehen) „zu befreien“.

Noberto Bobbio vermerkte zur Forza-Partei das Fehlen jeglicher „demokratischer Merkmale“. Da Warnungen vor der Etablierung eines faschistischen Regimes, wie sie Nobelpreisträger Dario Fo aussprach, gern als linke Übertreibungen und Schwarzmalerei diffamiert werden, zitiere ich eine in dieser Hinsicht völlig unverdächtige Stimme, den Anfang 2002 verstorbenen Kolumnisten des großbürgerlichen ‚Corriere della Sera‘ Indro Montanelli, der vor Berlusconi als einem durchaus möglichen „neuen Mussolini“ als einem „lächelnden Diktator“ warnte.

Ein weiterer Faktor ist der Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90, der weltweit reaktionären und Rechtskräften Auftrieb gab, darunter der forcierten schleichenden Faschisierung in Italien. Wie anderswo meldeten auch die italienischen Faschisten ihren Anspruch auf einen Platz in der ersten Reihe der angeblichen „Sieger“ an. Während der Feiern zum 70. Jahrestag des Marsches auf Rom 1992, die in einer Atmosphäre der Verherrlichung des Faschismus und Mussolinis stattfanden, erklärte Fini, es sei „notwen-

dig, es auszusprechen: Nur dank Mussolini ist Italien 1922 nicht kommunistisch geworden.“⁸

Einzubeziehen ist, dass 1992/93 das von den Christdemokraten im Bündnis mit den Sozialisten Bettino Craxis angeführte alte bürgerliche Parteiensystem in einem riesigen Korruptionsumpf erdrutschartig zusammenbrach. In der einsetzenden schweren politischen Krise ergab sich für die Linke die Möglichkeit einer Regierungsalternative. Berlusconi zimmerte in dieser Situation mit Fini und Bossi unverzüglich seine rechtsextreme Koalition zusammen. Ihr Wahlsieg wurde zur realen Gefahr. Doch die 1991 aus der IKP hervorgegangene sozialdemokratische Linkspartei (PDS, heute nur noch Linksdemokraten – DS) lehnte ein Zusammengehen mit der kommunistischen Neugründung (PRC) ab. Ihre Verweigerung ermöglichte Berlusconi im Frühjahr 1994 den Wahlsieg und die erste Regierungsbildung. Als 1996 die Linke Mitte mit der DS an der Spitze und die PRC im Wahlbündnis antraten, wurde die Berlusconi-Allianz geschlagen.

Zurück zur zweiten Berlusconi-Regierung:

Ihre faschistischen Charakterzüge zu enthüllen fällt vor allem deshalb nicht leicht, weil sie sich mit einem demokratischen Outfit vorstellen kann, das ihr die christdemokratischen Parteigruppchen CDU und CCD oder parteilose Politiker durch ihren Eintritt in das Kabinett verschafften. Auch das übrigens eine historische Parallele, denn in Mussolinis 1922 gebildeter erster Regierung gehörten von 15 Ministern nur vier der faschistischen Partei an. Sie stellte formal gesehen eine herkömmliche bürgerliche Exekutive dar. Mussolini regierte bis 1926 auch mit dem Parlament, dessen Vollmachten er – wie übrigens Berlusconi derzeit ebenfalls – einschränkte. Er ging erst 1926 in der sein Regime existenziell bedrohenden sogenannten Matteotti-Krise, zur offenen Diktatur über. Die Polizeiorgane in Genua im Juli 2001 zeigten dann erstmals offen faschistische Praktiken, die an den Terror Mussolinis und die Folterkeller der SA im Deutschland von 1933 erinnerten. Vizepremier Fini und Innenminister Scajola von der Forzapartei reagierten auf die Entlarvung ihrer faschistischen Methoden wie einst Göring und Goebbels, als sie von sich gaben, „die Demonstranten haben bekommen, was sie verdienen“, oder die Polizei habe ihre „Aufgabe mit Würde erfüllt“.

Professor Bodo Zeuner von der FU Berlin warnte: Wer das als „jirgendwie entschuldigbar durchgehen lässt, leistet Beihilfe zu einer schleichenden Faschisierung der Gesellschaft.“⁹

Einige Stichpunkte zum Programm der Regierung, das derzeit durchgesetzt wird:



Deutsch-Italienisches Treffen zur Konsolidierung der Achse Rom - Berlin 1937

derung nach Abspaltung Norditaliens gipfelte, hat die Lega inzwischen zugunsten eines weitgehenden Autonomiestatus aufgegeben.

Ihre Rolle ist schließlich im Kontext des neu entbrannten Kampfes des europäischen und US-amerikanischen Kapitals um Rohstoffe und Einflussphären, darunter auch auf dem Balkan, zu sehen. Es war der damalige Außenminister Genscher, der die Ansprüche der deutschen EU-Führungsmacht anmeldete, als er betonte, der nördliche Teil Italiens werde noch entdecken, dass er mehr gemeinsame Interessen mit Süddeutschland als mit Süditalien habe. Der International Herald Tribune vermerkte daraufhin, dass Deutschland ausgehend von seinem Erbanspruch auf Österreich die früher zu Wien gehörende Lombardei als „einen Teil von Deutschland“ betrachte. Der Mailänder ‚Corriere della Sera‘ schrieb danach unverblümt vom Beginn „der Neuaufteilung des europäischen Raumes und der Eroberung neuer Einflussphären“. ⁷ Die hatte bekanntermaßen zu dieser Zeit bereits mit dem von Deutschland

Errichtung eines Präsidialregimes mit reiner Mehrheitswahl; Direktwahl des Staatspräsidenten und des Premier, die beide größere Unabhängigkeit von der Legislative erhalten; Auflösung des Senat als zweiter Kammer; Streichung oder Abänderung von fast der Hälfte der 184 Verfassungsartikel, darunter alle mit Bezug auf antifaschistische Grundlagen. Laut namhafter Verfassungsrechtler gleicht das ohne Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung einem „Staatsstreich“. In der Abgeordnetenkammer beantragte Fini, das in der Verfassung verankerte Verbot der Partei Mussolinis aufzuheben, was bedeuten würde, dessen verbrecherisches Regime zu rehabilitieren.

An der Spitze steht ein in der gesamten Nachkriegsgeschichte nicht gekannter Sozial- und Demokratieabbau: Einige Stichpunkte: Beseitigung des in Artikel 18 des Arbeitsstatuts festgelegten Kündigungsschutzes, damit Beginn genereller Liquidierung elementarer Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte; in Arbeit sind Dekrete zur schärferen Repression, darunter der Einschränkung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit; die Befugnisse der Staatsanwaltschaften werden drastisch beschränkt, die Justizorgane einer einschneidenden Kontrolle der Exekutive unterworfen;¹⁰ Säuberung der öffentlichen Einrichtungen, an erster Stelle die RAI, von „linken Elementen“; Verabschiedung eines rassistischen Einwanderungsgesetzes; Entfernung der Bücher „marxistischen und kommunistischen Einflusses“ aus den Schulbibliotheken; Beginn der Demontage der öffentlichen Schulen und an deren Stelle die Bevorzugung und staatliche Förderung der katholischen Privatschulen sowie einer streng katholisch ausgerichteten Familienpolitik, einschließlich einer Änderung des Gesetzes über die Schwangerschaftsunterbrechung.¹¹

Zum Widerstand der Arbeiterbewegung und der Haltung der Mitte-Links- Opposition:

Nachdem es bis Ende 2001 zu keinem nennenswerten Widerstand kam, führten mehrere Faktoren zu einem von den Arbeitern ausgehenden Widerstand.

Stichpunkte:

Italien verfügt in Gestalt der PRC über eine wenn auch relativ kleine (zirka 100.000 Mitglieder, knapp etwas über fünf Prozent Wähler), aber doch kämpferische KP, die sich an die Spitze des Kampfes stellte; Berlusconi Angriffe auf elementare Arbeiterrechte riefen den Widerstand der Betroffenen hervor; die Gewerkschaften setzten zunächst zu alter Kampfkraft an; die Antiglobalisierungsbewegung schloss sich diesem Widerstand generell an; Juristen, vor allem zahlreiche Staatsanwaltschaften widersetzten sich ihrer Unterordnung unter die Exeku-

tive; Schriftsteller, Künstler, Schüler und Studenten, Lehrer der allgemeinbildenden und Hochschulen solidarisierten sich mit den Arbeiterprotesten.

Einige Beispiele:

Umberto Eco sieht im Regierungskurs Berlusconis ein Erbe des „übelsten Faschismus“. Er und international bekannte Schriftsteller wie Andrea Camilleri, Vincenzo Consolo und Antonio Tabucchi protestierten öffentlich gegen Berlusconi. Rund 200 bekannte Intellektuelle unterschrieben einen von Gian Mario Anselmi und Alberto Asor Rosa initiierten Appell zur Verteidigung der grundlegenden demokratischen Freiheiten und des zivilen Lebens.

Nach einer Drei-Millionen-Demonstration am 26. März 2002 in Rom war ein Generalstreik am 16. April eine unüberhörbare Kampfansage. Das rückte vor allem deshalb landesweit in den Blickpunkt, weil im Dezember 1994 durch einen Generalstreik die erste Berlusconi-Regierung zu Fall gebracht worden war. Auf Massendemonstrationen mit Hunderttausenden Teilnehmern ertönte am 25. April, dem 57. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, unüberhörbar das alte Partisanenlied „Bella Ciao“ als Symbol eines neuen antifaschistischen Widerstandes gegen Berlusconi.

Berlusconis rechtsextreme Politik zu stoppen, wird vor allem davon abhängen, ob es gelingt, ein gemeinsames Handeln von Kommunisten und Linksdemokraten auf der Grundlage einer klaren Haltung zur Verteidigung der demokratischen und Arbeiterrechte sowie des entschiedenen Kampfes gegen Rassismus und schlechende Faschisierung zu Stande zu bringen. Die PRC setzte dazu auf ihrem Parteitag im April 2002 mit einem Appell an die DS, eine neue Aktionseinheit herzustellen und auf dieser Grundlage das Mitte-Links-Bündnis zu erneuern, strategische Akzente. Von Bedeutung ist dabei das vom Parteitag beschlossene revolutionäre linke Aktionsprogramm, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Erfahrungen, die es uns vermitteln kann. In ihm steht auf internationaler Ebene der Widerstand gegen die von Bush und den USA angeführte Kriegs- und Expansionspolitik im Vordergrund.

Weitere Eckpunkte sind Antikapitalismus, Betonen des revolutionären Charakters gesellschaftlicher Umwandlungsprozesse, das Bekenntnis zur sozialistischen Perspektive und zur internationalen Solidarität mit den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt, darunter dem Kampf des palästinensischen Volkes.

Bei den Provinz-, Städte- und Gemeindevahlen, zu denen im Mai 2002 über 12 Millionen Wähler aufgerufen waren, kam es nach dem Aktionseinheitsangebot vielerorts zu Wahlabsprachen zwischen der PRC und den anderen Oppositionsparteien, was ermöglichte, der Berlusconi-

Koalition eine empfindliche Niederlage beizubringen.

Ein erneuertes Mitte-Links-Bündnis könnte auch die christdemokratischen Parteigrüppchen CDU und CCD, die der profaschistischen Koalition ein demokratisches Outfit verschaffen, unter Druck setzen, die Regierung zu verlassen.

Den wachsenden Kampffaktionen versucht Berlusconi mit einer Neuaufgabe der berüchtigten Spannungsstrategie zu begegnen. Vor dem Generalstreik im April 2002 verbreitete er, neue „Rote Brigaden“ hätten gemeinsam mit Al Quaida-Terroristen geplant, US-Präsident Bush während des G8-Gipfels zu ermorden. Mit dem Generalstreik begaben sich die Gewerkschaften auf diese terroristische Linie. Es gibt bereits die ersten Toten, die, wie ein untersuchender Staatsanwalt den Mut hatte, öffentlich zu erklären, auf das Konto der Geheimdienste gehen.¹²

Der Versuch einer Neuaufgabe der Spannungsstrategie offenbart, dass der Terror, als ein Wesensmerkmal der faschistischen Bewegung auch in der italienischen Nachkriegsgeschichte, in alten und neuen Elementen, darunter bereits der Drohung mit Gewaltanwendung und der Einbeziehung der Mediendiktatur, zu einem bestimmenden Instrument der Machtausübung Berlusconis wird.

Mit rund 60.000 Teilnehmern und annähernd einer Million Demonstranten erreichte der Widerstand mit dem Europäischen Sozialforum im November 2002 in Florenz einen neuen Höhepunkt. Das Forum zeigte die reale Möglichkeit, einen breite Volksschichten erfassenden Widerstand gegen die vom Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr und die Verteidigung der wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte bedrohten sozialen Errungenschaften und bürgerlich-demokratischen Freiheiten in europäischen ja weltweiten Dimensionen zu organisieren.

In Italien stellte das ESF eine empfindliche Niederlage für Berlusconi dar, da dessen erneute Versuche, das Forum im Vorfeld zu kriminalisieren und es so zu verhindern, scheiterten. Dem ESF war im Oktober ein zweiter Generalstreik vorausgegangen.

Zu beachten sind wachsende, wenn gleich nicht über zu bewertende Widersprüche im Unternehmerlager und beim Koalitionspartner CCD, der den Parlamentspräsidenten stellt. Immerhin waren sie so beunruhigend, dass die FAZ sich am 4. Juni 2002 damit befasste und Berlusconi mahnte, die Geschlossenheit des Unternehmerlagers nicht zu gefährden.

Den tieferen Hintergrund bilden Kontroversen zwischen den von FIAT-Besitzer Agnelli angeführten Kapitalkreisen, dem sogenannten alten Industrieadel, und den hinter Berlusconi stehenden Gruppen.

Hier geht es vornehmlich um drei Fragen: 1. schwenkt Agnelli, weil er befürchtet, Berlusconi provoziere einen schwer

zu bremsenden Volkswiderstand, zur Unterstützung der linken Mitte zurück, die er 96 im Wahlkampf favorisierte; 2. den Kampf um die Führerschaft des Kapitals; und 3. darum, dass Berlusconi FIAT aus dem Rüstungsgeschäft verdrängen will.

Die Auseinandersetzung setzte bereits ein, als der parteilose Außenminister Renato Ruggiero, ein Mann Agnelli, im Januar 2002 wegen „ernsthafter Meinungsverschiedenheiten“ mit seinem Premier zurücktrat.

Konkret ging es um den italienischen Beitrag zum EU-Militärtransporter A400M, den Berlusconi verweigerte, um dem Agnelli-Konzern FIAT-Aviazione das Geschäft zu vermasseln. Denn die FIAT-Gruppe ist nicht nur der in der Krise steckende Automobilkonzern, sondern zu etwa 60 Prozent unverändert der größte italienische Industrie- und Rüstungskonzern.

Der Forza-Chef will mit Agnelli auch einen führenden Vertreter der Kapitalkreise, die in der Arbeiterbewegung auf die Reformisten setzten, um so den Arbeiterwiderstand besser niederhalten zu können, ausschalten.

Die linke Mitte, vor allem die DS, stehen vor der Aufgabe, sorgfältig abzuwägen, ob und wie bestimmte Widersprüche innerhalb der Großbourgeoisie für den Kampf gegen Berlusconi genutzt werden können. Keinesfalls kann es darum gehen, sich vor den Karren des Agnelli-Clans spannen zu lassen und, wie es nach dem Wahlsieg von 1996 der Fall war, die auf den Reformismus setzende Expansionspolitik des Kriegsproduzenten FIAT mitzumachen und den Sozialabbau des liberalen Flügels der Großbourgeoisie mit zu tragen.

Unter diesem Gesichtspunkt sind auch eingetretene Rückschläge zu sehen. Das Projekt einer neuen Aktionseinheit mit den Linksdemokraten und einer Erneuerung der linken Mitte kommt nicht voran, weil die Partner der PRC den Einflüsterungen der liberalen Kapitalkreise erlauben, sich nicht mit den Kommunisten einzulassen, wofür ihnen bei den Wahlen 2006 entsprechende Protektion versprochen wird.

Die DS-Führung sprach sich danach gegen den zweiten Generalstreik aus, beteiligte sich auch nicht am ESF in Florenz. Die oppositionellen Zentrumsparteien, an ihrer Spitze die Demokraten Roman Prodis, warten auf die Rückkehr ihres Parteichefs aus Brüssel, um mit ihm, der 1996 die profaschistische Koalition geschlagen hat, als Premiers-Kandidat erneut in den Wahlkampf zu ziehen.

Im Schlepptau der Linksdemokraten kapitulierten die DS- bzw. katholisch beeinflussten Gewerkschaften CISL und UIL, sabotierten die einheitliche Kampffront der Gewerkschaften und schlossen mit Berlusconi einen „Pakt für Italien“

getauften neuen Sozialpakt, in dem sie sich zu Verhandlungen über eine „Reform des Arbeitsmarktes“ bereit erklärten. 13 Gegen den opportunistischen Kurs ihrer Führung nahmen jedoch über 80 Prozent der zusammen etwa drei Millionen Mitglieder zählenden CISL und UIL am zweiten Generalstreik teil.

An der DS-Basis regt sich jedoch Widerstand gegen den Aktionseinheitsfeindlichen Kurs der Parteiführung. DS-Chef Pier Fassino wird zum Rücktritt aufgefordert. Die Parteiopposition führt der bisherige CGIL-Sekretär Sergio Cofferati an, der als der „neue Mann“ an der DS-Spitze gesehen wird. Noch ist der Ausgang offen. Das Anwachsen des Widerstands zeigt jedoch, dass die Pläne Berlusconis zum Scheitern gebracht und er schließlich wie bereits 1994 gestürzt werden kann, wenn Aktionseinheit und einheitliches Handeln der Mitte-Links-Opposition zu Stande gebracht werden.

Gelingt das, dann wird Italien auf andere Weise, als es der FAZ vorschwebte, Avantgarde, und zwar im Kampf gegen die rechtsextreme Gefahr in Europa werden. Bleibt zum Abschluss zu sagen, dass diesen Erfahrungen für unseren eigenen Kampf eine große Bedeutung zukommt.

Zum Thema liegen von Gerhard Feldbauer folgende Publikationen vor:

■ **Von Mussolini bis Fini. Die extreme Rechte in Italien.** Elefantpress (heute Espresso). Berlin 1996

■ **Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA.** PapyRossa. Köln 2000

■ **Kommt mit Berlusconi ein neuer Mussolini. Neue Impulse.** Essen 2002. Eine aktualisierte Neuauflage erscheint im Februar 2003

■ **Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien.** PapyRossa. Köln 2002

■ **In Kürze erscheint: Aldo Moro. Die Aktualität des Erbes eines bürgerlichen Reformers**

Anmerkungen:

1 FAZ, 23. April 1994

2 Zit. in: UZ, 8. März 1996

3 Losurdo, Domenico: Die neuen Hitler, MBI 4/2000, S. 64

4 Losano, Mario G.: Sonne in der Tasche. Italienische Politik seit 1992. München 1995, S. 191

5 Cipriano, Antonio e Gianni: Sovranità limitata. storia dell'Eversione atlantica in Italia. Rom 1991; Galli, Giorgio: Staatsgeschäfte, Affären, Skandale, Verschwörungen. Das unterirdische Italien 1943 - 1990. Hamburg 1994.

6 Repubblica, Rom, 6. April 2002

7 International Herald Tribune, New York, 7. Aug. 1995; Corriere, Mailand, 9. Aug. 1995

8 Locatelli/Martini: Duce adio, Mailand 1994, S. 117

9 Zit in: UZ, 23. Aug. 2001

10 Corriere della Sera, Mailand, 6. Juni 2000

11 Repubblica, Rom, 18. Mai 2001

12 Vgl. Beitrag des Autors, „Der mysteriöse Tod des Michele Landi“, junge Welt 18. Juni 2002

13 Interview des Autors mit dem Vorsitzenden des Politischen Komitees der PRC, Stefano Zucherini, UZ 16. Aug. 2002

Vorbereitungen gegen Neonaziaufmarsch am 1. Mai

MANNHEIM. Am 16.1. trafen sich auf Einladung des DGB Region Rhein-Neckar ca 60 Leute aus unterschiedlichen Zusammenhängen, um über die Planungen für den 1. Mai 2003 zu diskutieren, und das heißt in Mannheim wieder: Verhinderung eines Naziaufmarsches. Ein „Kampa-Team“ hatte die Versammlung vorbereitet und einen ausführlichen Aktionsplan mit vielfältigen Aktionsformen. Die Erfahrung der vergangenen zwei Jahre, des Aufeinander-angewiesenseins und der gegenseitigen Verlässlichkeit, wirkte sich sehr positiv aus. Man hatte den Eindruck: Alle haben gelernt, wie man es machen muss. Immerhin ist das erklärte gemeinsame Ziel, die Nazis nicht in die Stadt kommen zu lassen. Über den nachfolgend abgedruckten Aufruf wurde nach kurzer aber intensiver Diskussion Konsens erzielt. Es werden jetzt bis 28.2.03 Unterstützungsunterschriften von Einzelpersonen und Initiativen/Organisationen gesammelt. (Rückmeldungen Karola.Pelzer@dgb.de bzw. DGB, Hans-Böckler-Straße 1, 68161 Mannheim.)

aus dem Aufruf:

Die Kurpfalz: Offen, tolerant und demokratisch! Keine Chance für Fremdenhass und Gewalt! Kein Naziaufmarsch am 1. Mai!

Wir verurteilen mit Nachdruck jede Form von Gewalt, Fremdenhass, Antisemitismus und Rassenwahn. Wir wehren uns dagegen, dass Menschen – gleich welcher Nationalität, Religion, ethnischer oder sonstiger Herkunft – durch Gewalt oder Diskriminierung verletzt oder beleidigt werden.

Die Nazis wollen auch in diesem Jahr wieder am 1. Mai in Mannheim aufmarschieren, um für ihre menschenverachtenden Ziele zu werben. Für sie ist in der Kurpfalz und auch anderswo kein Platz! Sie haben bei uns nichts verloren! Das sind wir den Verfolgten und Opfern des Faschismus schuldig! ... Wir appellieren an die Bürgerinnen und Bürger, überall und jederzeit gegen Gewalt, Fremdenhass, Antisemitismus und Rassenwahn Stellung zu beziehen und sich mit Zivilcourage einzumischen. Einzelnen und gemeinsam, in Aktionen, Veranstaltungen oder durch Gesten der Solidarität und Mitmenschlichkeit.

In unserer Region gibt es keinen Platz für Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Alle sind aufgerufen, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in Vereinen und Gruppen ihren Beitrag zu leisten. In diesem Sinne unterstützen wir alle Initiativen in der Bürgerschaft, die aktiv für Toleranz, Liberalität und Offenheit eintreten.

Wir appellieren vor allem an die Schulen und Hochschulen, an die Kirchen, Jugendgruppen, soziale Institutionen, Sportvereine und kulturelle Einrichtungen, jedem Ansatz von Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt entschieden entgegenzutreten. Wir unterstützen Veranstaltungen, Diskussionen und Begegnungen, um sich mit den Ursachen und Motiven von rechter Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zu befassen. Alle sind aufgerufen, sich an der gemeinsamen und friedlichen Demonstration sowie der anschließenden Kundgebung des DGB am 1. Mai in Mannheim zu beteiligen und die vielfältigen weiteren antifaschistischen und gewaltfreien Aktionen zu unterstützen. ■